

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages. Bezugspreis: 1. bis 15. September 1500000 M. Einzelne Nummern 150000 M. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21293 - Schriftleitung Nr. 14574 Postfachkonto Dresden Nr. 2486 Stadttelefontelefon Dresden Nr. 140

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anklamungs- teile 400000 M., die 66 mm breite Grundzeile od. deren Raum im amtlichen Teile 800000 M., unter Eingeladn 1000000 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsgütern und der Landeshallrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsstelle von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren. Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 214

Dresden, Donnerstag, 13. September

1923

Dr. Stresemanns Innen- und Außenpolitik.

Beseitigung von Steuerhärten — Für größere Arbeitsintensität — Gegen den Achtstundentag? — Ohne Lösung des Ruhrkonflikts keine Befundung! — Reichs- und Privatbesitz als Pfandrecht — Verständigung ist notwendig!

Berlin, 12. Septemb.

In der Presseabteilung der Reichsregierung ist heute abend auf Einladung ihres Leiters, des Ministerialdirektors Kalle, ein Empfang der Presse statt, zu dem der Reichskanzler, die Reichsminister und eine große Anzahl hervorragender Regierungspersonlichkeiten erschienen waren.

Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Reichsleiters, Ministerialdirektors Kalle, erging die Rede:

Reichskanzler Dr. Stresemann

Das Wort zu einer längeren Rede, in der er u. a. ausführte: Was ich über den allgemeinen Stand der Dinge zu sagen habe, das habe ich vor Kurzem im Anschluß eines Besuchs in Stuttgart zum Ausdruck gebracht. Ich kann bezüglich der allgemeinen Richtlinien nur auf das damals Gesagte zurückkommen.

Wenn wir gegenwärtig die Lage betrachten, so bietet sie ein Bild äußerster Spannung, auch im Innern. Unsere Finanzen sind in einer schlimmen Verfassung. Die Wirtschaft führt die Folgen der Abwärtswendung von der Ruhr und sie führt die Folgen einer überhöhten Preis- und Lohnpolitik. Ohne Opfer sind diese Fragen nicht zu lösen.

Ein Opfer für das Reich waren die Steuern. Die bayerische Staatsregierung hat an die Reichsregierung den Wunsch gerichtet, daß in eine Lösung über Erleichterungen, die auf diesem Gebiete zu gewähren seien, eingetreten werde. Diesem Wunsch werden wir willfährig sein. An die Finanzämter sind bereits Anweisungen ergangen, nicht ertragbare Härten zu beseitigen.

Stundungen und eventuelle Nachlässe, namentlich für Leute kleiner Vermögens- und Einkommensverhältnisse, zu schaffen. Die Wirkung der Steuern wird dauernd überwacht. Wo Abgaben unabweisbar sind, wird eingegriffen werden, aber wenn das auch geschieht, so muß man sich darüber klar sein:

Wir müssen dem Staate geben, was des Staates ist. Gewiß muß, wenn auf diesem Gebiete stark eingegriffen wird — und bei Regelung der außenpolitischen Fragen wird wohl weit stärker in den Besitz und die Wirtschaft eingegriffen werden müssen —, auch gehorbet werden, daß die Arbeitsleistung gesteigert wird. Das betrifft sowohl die Frage der Arbeitsintensität wie auch die Frage der Arbeitszeit.

Das Kabinett wird sich in den nächsten Tagen zunächst mit der Frage beschäftigen, wie eine Erhöhung der bergbauartigen Produktion

im nächsten Deutschland zu ermöglichen ist. Es ist nicht zu erwarten, wenn in 17 Schächten der Steinkohlenbergbau im unbedeutenden Gebiet der Förderung eminent zurückgeht, so daß der Reichsregierung, die wir brauchen, es ist niemand berechtigt, den Staat durch Minderleistung in dieser Weise zu schwächen. Die Opfer, die das Reich vom außenpolitischen Gesichtspunkte unserer Schwachheit aus in der Zukunft verlangen muß, können erst recht nicht ohne eine vollständige Produktivsteigerung geleistet werden.

Die Regierung wird den Wünschen der ergötternden Kreise in bezug auf Erleichterung der Fiskuskontrolle und der Aufnahmehöhe weit entgegenkommen, aber

entscheidend ist und bleibt für unsere Zukunft die Wahrung der Arbeitsintensität der Konsumkraft im Innern, und nach dieser Richtung kann die Lohnpolitik, kann die Frage der Arbeitsintensität auch nicht unabhängig von der Preispolitik betrachtet werden.

Ich glaube annehmen zu können, daß innerhalb der nächsten beiden Wochen die Frage des wertbeständigen Geldes gelöst sein wird.

Was falsch wäre es, diese Maßnahmen so anzufassen, als wenn die Reichsregierung um die Mark als solche angeht. Die Mark muß Zahlungsmittel bleiben, und die ganzen Maßnahmen, die hier erfolgen, gehen von dem Gesichtspunkte aus, dadurch auch irgendeine Stabilisierung der Mark wiederherzustellen, und sie gehen nicht etwa davon aus, den einzelnen zu veranlassen, nun seinerseits die Mark zurückzuführen und sich nur auf neue wertbeständige Zahlungsmittel einzustellen.

Aber auch politische Mittel, sowohl Hemmung des Verkehrs der Währung wie die Errichtung einer Goldnotenbank, bringen diese Frage nicht zur Lösung. Offenheit ist besser als Illusion, und deshalb wollen wir es offen aussprechen: Ohne Lösung des außenpolitischen Konflikts ist die Finanzfrage nicht in Ordnung zu bringen, der Verkehr der Mark nicht aufzuhalten, eine wirtschaftliche Gesundung nicht herbeizuführen.

Die Regierung hat sich vom ersten Tage des Krisenstadiums an die Lösung des Ruhrkonflikts zur Aufgabe gestellt. Es war klar, daß diese Lösung nicht allein durch die Fortsetzung des bisherigen Widerstandes erfolgen konnte. Nachpolitisch, wie ein führendes reichsrepublikanisches Blatt es darstellte, war die Frage nicht zu regeln. Auch der ehemalige Reichskanzler Dr. Cuno hat, wie er wiederholt besichtigt hat, niemals davon gesprochen, daß Verhandlungen über die Reparationsfrage erst nach Klärung des Ruhrkonflikts erfolgen sollten. Die Reichsregierung würde sich das größte Verdienst erwerben, wenn sie den Ruhrkonflikt soweit als möglich abklären könnte. Aber die bisherige Fühlungsnahme zeigt zugleich

die bestehenden Schwierigkeiten.

Es ist und ist entscheidend die Frage der Souveränität über das Rheinland und die Wiedergewinnung der Freiheit des Ruhrgebietes, ohne Preisgabe deutscher Hoheitsrechte, ohne Preisgabe eines unbedingten deutschen Bodens. Dafür sind wir bereit, reale Garantien zu geben. Der französische Ministerpräsident hat kürzlich in einer Rede ausgesprochen, er zöge die positiven Sicherheiten, die Frankreich in der Hand habe, den höchsten theoretischen Wert bei. Er beabsichtigt nicht, Pfänder gegen allgemeine Garantien auszuwählen, und er hat weiter betont, daß die Garantien, die ich in Betracht gebracht hätte, zu den Hypothesen gehörten, die der Versailler Vertrag den Alliierten auf den gesamten Besitz des Reiches und der Länder gab.

Diese Auffassung des französischen Ministerpräsidenten muß ich als irrtümlich bezeichnen. Nach dem Versailler Vertrag haften für die Verbindlichkeiten Deutschlands das Vermögen des Reiches und der Länder. Was ich in meinen Darlegungen vorgeschlagen habe, betraf die unmittelbare Verpfändung des Privatbesitzes und geht deshalb in diesem Punkte über den Versailler Vertrag hinaus. Ebenso ist aber diese

Verpfändung des Privatbesitzes ein realisierbares Pfand, während die Sicherheiten des Versailler Vertrags dies bezweifeln.

Wenn auf Reichsbesitz und Privatbesitz der Wirtschaft als Pfandrecht an erster Stelle Hypotheken zugunsten des Reiches eingetragen werden, und zwar in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes dieses Besitzes, so könnten diese Hypotheken als

reales und mobiles Wertobjekt in eine Treuhandgesellschaft eingebracht werden, an deren Verwaltung die Reparationsgläubiger beteiligt werden könnten. Die Zinsen aus den Hypotheken würden der Treuhandgesellschaft zufließen. Diese wäre in der Lage, auf Grund der Hypotheken und der Zinsereträge durch Ausgabe von Obligationen Kautelen auszusprechen. Dadurch würde die Möglichkeit gegeben, auch Frankreich sofort in den Besitz größerer Zahlungen zu setzen, ebenso wie die Zinszahlungen in angemessener Zeit fließend zu machen wären.

Eine derartige Leistung ist jederzeit rein theoretisches Recht und keine allgemeine Garantie, sondern eine reale Tatsache.

Sie ist frei von jeder Zweideutigkeit. Sie kann Frankreich in den Besitz von Zahlungen setzen, wodurch die von französischer Seite aufgestellten Forderungen für die Klärung des Ruhr, ebensol erfüllt wären. Sie bedingt zu ihrer Verwirklichung die Wiederherstellung Deutschlands aber das Ruhrgebiet und die Wiederherstellung seiner Souveränität über das Rheinland. Sie ist geeignet, die Frage des passiven Widerstandes zu erledigen.

Wenn man um die Sicherheit dafür gibt, daß auf Grund einer solchen Vereinbarung das Ruhrgebiet geräumt wird und im Rheinland die alten Rechte wiederhergestellt werden. Gibt man um die Sicherheit, daß jeder, der Rhein und Ruhr seine Heimat nennt, frei der Heimat wiedergegeben wird, so besteht kein Grund mehr dagegen, dieses große, einfließende Wirtschaftsgelände seiner alten Arbeitsfruchtbarkeit wieder zurückzugeben.

Ich hoffe auf die Möglichkeit eines solchen Abreglung. Für uns ist die Frage, ob die deutsche Wirtschaft die ihr zugemutete Belastung tragen können. Wir wissen, in welcher schweren Zeit wir uns befinden, aber ich darf mit Bestimmtheit darauf hinweisen, daß dem gegenwärtigen Kabinett von führenden Persönlichkeiten der Wirtschaft Leistungen angeboten worden sind in der Höhe, die uns die Ausführung der heute von mir vorgeschlagenen Zahlungen ermöglichen wird.

Wenn es um die Entscheidung geht zwischen Freiheit des Landes oder Besitz des einzelnen, so müssen wir hoffen, daß die deutsche Wirtschaft sich nicht niedriger einschätzt als jene ostpreussische Landschaft, die einst durch Aufgabe ihres Besitzes als Pfand für den Staat Preußen die Abtragung eines großen Kriegsschuldens ermöglichte und die hundert Jahre gebraucht hat, um diese Verbindlichkeit zu amortisieren, dafür aber auch ein leuchtendes Beispiel vaterländischer Pflichterfüllung gegeben hat.

Jedem eine Verständigung ist allerdings davon abhängig, ob man glaubt, daß eine Stimmung zwischen Frankreich und Deutschland geschaffen werden kann, auf der sich eine solche Verständigung aufbauen läßt. Ob sie möglich ist, ist eine Frage, die ich nur vom deutschen Standpunkte beantworten kann. Jedenfalls ist sie notwendig.

Der französische Ministerpräsident hat in seiner letzten Rede hingewiesen auf die Art und Weise, in der einst nach dem Kriege 1870/71 die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland wieder geregelt worden sind, und er hat mir empfohlen, die Korrespondenz zwischen Flandern und dem Grafen Saint Vallier mit dem Generalstabmarschall v. Rautenfeld nachzulesen, um daraus Folgerungen für die deutsche Einstellung gegenüber dem Frankreich der Gegenwart zu ziehen. Mir ist diese Korrespondenz wohl bekannt, und ich darf darauf hinweisen, daß gerade diese Korrespondenz

davon zeugt, daß Deutschland als okkupierende Macht nach einem gewonnenen Kriege sich sehr wohl bemüht hat, daß zum friedlichen Nebeneinanderwohnen von Nationen auch die Schonung berechtigter Empfindlichkeiten im Verlehe der Nationen notwendig ist. Die Art der Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen zwei Nationen nach einem furchtbaren Kriege; tritt vielleicht noch mehr als in diesem Briefwechsel in den Memoiren des ersten Botschafters der französischen Republik in Berlin de Montan Biron zutage, der fortgesetzt in der Lage ist, darüber zu berichten, wie sehr Deutschland sich bemühte, der Periode des Krieges die Aera des Friedens folgen zu lassen.

Wenn heute unter anderen Verhältnissen Deutschland, das bereit ist, die Folgerungen aus einem verlorenen Kriege auf sich zu nehmen, das Frankreich der Gegenwart gegenübersteht, so möchte ich wünschen, daß auch diejenigen Persönlichkeiten, in deren Hand heute mehr als das Geschick Frankreichs liegt, von deren Entschlossenheit die Ruhe und Befriedigung Europas abhängt, sich von dem Gesichtspunkte leiten lassen mögen, daß es auch jetzt gilt, den Frieden zu erhalten durch eine Politik der Gerechtigkeit, die geeignet ist, nationale Leidenschaften zu beschwichtigen und damit die Garantie für den wirklichen Frieden zu geben.

Pressestimmen zur Kanzlerrede.

Berlin, 13. September.

Die Rede Dr. Stresemanns wird von der Berliner Presse der Regierungsparteien gütlich aufgenommen. Das „Berliner Tageblatt“ äußert sich:

Ob durch die bedeutsame Rede die Unterhaltung zwischen Paris und Berlin einen vorläufigen Höhepunkt erreicht sein wird, muß abgewartet werden. Eine Grundfrage für weitere Schritte ist, wenn man in Paris nur einigermaßen die Verständigung will, jedenfalls gegeben. Der „Vorwärts“ behandelt einige Parteien der Kanzlerrede, wie zum Beispiel die über den Achtstundentag — Bemerkungen, die nicht ohne schärfste Kritik bleiben werden —, in der nachstehenden vorsichtigen Form:

„Man wird dem Reichskanzler das Zeugnis nicht versagen können, daß er ein bornenvolles Problem mit Mut angepackt hat. Er hat sich dabei von überheblichem Ehrgefühl, zu dem wahrlich nicht der allgeringste Anlaß besteht, ebenso ferngehalten wie von Selbstlosigkeit. Die Haltung der Reichsregierung in der Ruhr- und Reparationsfrage wird, abgesehen von kleinen Splittern ganz recht und ganz links.

Zeichne Wertbeständige Anleihe
des Deutschen Reiches.
Ziehungspreis 100%, bei Auszahlung 100%.
Das Reich hat 1000000000 M. auszugeben.
Ziehungen finden bei der Reichsbank und bei den im Reichsbank angeordneten Stellen statt. Bei den durch Vermittlung der Reichsbank, Postämter, Sparkassen und Kreditvereine zu bezeichnen.